Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 4

Artikel: Krisenbekämpfung in Norwegen
Autor: Dahl, Jörgen
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332085

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1933 so furchtbar, daß die frühere freihändlerische Einstellung der Sozialdemokratie den Ruin der Bauern sowohl als der Landarbeiter bedeuten mußte. Deshalb hat die Regierung planwirtschaftliche Maßnahmen empfohlen, um die Preise der Agrarprodukte, vor allem Fleisch, Eier, Kartoffeln und Milch, zu *stabilisieren,* darunter auch eine Margarinesteuer, um den Preissturz der Butter und der Milch zu hemmen. Diese Maßnahmen waren vor den Wahlen nicht beabsichtigt. Die verschärfte Krise machte sie aber notwendig. Die Bauern haben erfahren, daß die Sozialdemokratie die Initiative ergriffen hat, die Agrarbevölkerung zu retten. Für die Nazis war später bei den Bauern nicht mehr viel zu holen.

In heftigem Kampf gegen die Gegner ging die schwedische Sozialdemokratische Partei diesen Herbst in die Landstingswahlen. Diese Wahlen bestimmen die Zusammensetzung der Provinzvertretungen, die auch die Mitglieder der ersten Kammmer wählen. *Die Wahlen wurden trotz einer furchtbaren Hetze der Bürgerlichen und der Kommunisten für uns zu einem glänzenden Erfolg.* Obgleich die Partei bei den letzten Landstingswahlen einen großen Sieg erkämpft hatte, konnte sie noch einmal einen gewaltigen Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Partei eroberte 39 neue Mandate, erhielt 508 Mandate von 1140 *und erhöhte ihre Stimmenzahl um 120,000 Stimmen. Der andere Sieger des Wahlkampfes war die Bauernpartei, die die Regierungspolitik gestützt hat* und noch weiter stützt. Die Nationalsozialisten haben nur 8000 Stimmen und die Moskau-Kommunisten im ganzen Lande nur eine Absplitterung der Rechtspartei, haben beinahe keine Wähler bekommen.

Das Resultat ist also, *daß die schwedische Sozialdemokratie jetzt die schlimmste Krise durchgefochten hat und daß die sozialdemokratische Regierung es verstanden hat, den Kampf wider die Krise mit Initiative und Tatkraft zu führen, ein stärkeres Volksvertrauen als jemals hinter sich hat.* Wir gehen dem Kampf um eine Umgestaltung der Volkswirtschaft und um die dauerhafte Lösung der Volksversorgungsfragen entgegen. Die schwedische Sozialdemokratie steht einig und gerüstet in diesem Kampf und freut sich, eine Jugendbewegung von mehr als 100,000 Mitgliedern zum wertvollen Bundesgenossen zu haben.

Krisenbekämpfung in Norwegen

Von Jörgen Dahl.

Die ökonomische Lage des Landes.

Als neutraler Staat während des Weltkrieges hatte Norwegen ungewöhnlich gute Konjunkturen. Insbesondere brachte die große Schifffahrtsflotte des Landes eine im Verhältnis zu normalen Zeiten abenteuerlich große Einnahme. Die Industrie hatte eine ungewöhnlich günstige Expansionsperiode, und die Landwirtschaft bekam hohe Preise und war befreit von Verkaufsschwierigkeiten.

In der Spekulationsperiode, während der Wiederaufbauzeit in den Jahren unmittelbar nach dem Friedensschluß, mußte das Land große Verluste erleiden. Ein Drittel der Schiffe des Landes war während des Krieges torpediert worden und die Neuanschaffungen konnten nur zu Preisen stattfinden, die nichts mit einem normalen ökonomischen Leben zu tun hatten. Daneben verloren die norwegischen Reedereien viele Hunderte von Millionen Kronen wegen der Aufhebung von Neubauverträgen. Der Goldstrom der Hochkonjunktur hatte auch die norwegischen Kapitalbesitzer dazu verlockt, Geld in allerlei überseeische abenteuerliche Unternehmungen zu placieren und überhaupt in internationale Gebiete einzudringen, die sie weder technisch noch finanziell zu beherrschen vermochten.

Der erste Krach nach dem Kriege (1920/21) wurde daher fast eine Katastrophe für das Land. Die Valuta sank bis auf ein Drittel im Verhältnis zur Goldvaluta. Eine große öffentliche und private Verschuldung folgte. Die private Ueberschuldung trat am augenscheinlichsten in der Landwirtschaft in Erscheinung.

Die Vertreter der Arbeiterpartei im Storthing, dem Parlament, und in den Gemeinden hatten in der Zeit, als das Geld reichlich hereinströmte, große Steuererhöhungen vorgeschlagen, um mit starken ökonomischen Reserven den Krisenzeiten, die kommen mußten, begegnen zu können. Der Staat tat das Gegenteil. Selbst in den besten Jahren stiegen die sichtbaren und die verborgenen Schulden.

Die Wendung auf dem Weltmarkt im Jahre 1920/21 wurde eine Katastrophe für das Arbeitsleben des Landes. Die Fabriken mußten feiern. Eine ganze Reihe von Betrieben, die zufolge der ganz unnatürlichen Kriegs- und Nachkriegskonjunktur entstanden waren, gelangten kaum zur Aufnahme der Produktion, so wurden sie schon vor der Krise gelähmt. Viele von den größten und angesehensten Banken, gefolgt von einer Reihe von kleineren, waren genötigt, zu liquidieren.

Nach der Aufräumung, die jetzt folgte, arbeitete sich das Land wieder langsam vorwärts. Es geschah dies auf einer gesunderen Basis und mit größerer Aufmerksamkeit für die natürlichen Bedürfnisse und ökonomischen Notwendigkeiten des Landes. Die Valuta kam 1927 wieder in pari — vielleicht mit zu großen Kosten für die nationale Wirtschaft. Von neuem wurde die wirtschaftliche Entwicklung sodann durch die Weltkrise gehemmt, die nach dem großen Zusammenbruch in Wall-Street im Jahre 1929 folgte. Diese Krise wird nicht wie die vorige durch die großen Industrie- und Bankkonkurse charakterisiert, sondern durch eine gewaltig wachsende Arbeitslosigkeit in allen Zweigen der Wirtschaft und durch eine besonders harte Heimsuchung der Landwirtschaft. Die Bauern hatten während der Inflationszeit große Schulden gemacht — diese beliefen sich im Jahre 1933 auf 1400 Millionen Kronen — und mußten nun die Zinsen und die Tilgung teilweise in Gold zahlen und auch später — nachdem Norwegen der Abwertung des Pfund Sterlings gefolgt war — jedenfalls viel wertvolleres Geld zurückzahlen als sie geborgt hatten. Gleichzeitig hatte

man einen gewaltigen Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte als Resultat der Krise und der Kaufkraftzerstörung der wichtigsten Kunden der Bauern, der Arbeiter, unter denen eine rekordartige Arbeitslosigkeit herrschte. Die Anzahl der Arbeitslosen in diesen Jahren (1930 bis 1934) belief sich auf etwa 125,000 bis 175,000! In den wichtigsten Gewerkschaften war die Prozentzahl der arbeitslosen Mitglieder 30 bis 40. Dazu eine große Unterbeschäftigung für die übrige Arbeiterschaft.

Die politische Lage.

Charakteristisch für die norwegische Arbeiterbewegung ist, wie in den übrigen skandinavischen Ländern, der nahe Zusammenhang zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung. In Norwegen hatten radikale politische Strömungen und syndikalistische Beeinflussung beträchtlich größere Bedeutung als in Schweden und Dänemark. Nicht lange nach der Gründung der Kommunistischen Internationale wurde unsere Partei dort Mitglied. Das führte dazu, daß die Sozialdemokraten austraten und eine eigene Partei bildeten. Als die Arbeiterpartei dann schon nach wenigen Jahren mit der Komintern brach (1923), gründeten die Kommunisten eine neue Partei. So entstand eine Dreiteilung der politischen Arbeiterbewegung. Diese Dreiteilung wurde natürlich zum großen Schaden für die gesamte Arbeiterbewegung, die wesentlich gelähmt wurde durch das Faktum, daß man hauptsächlich gegen einander die Waffen richtete, statt gegen die gemeinsamen Gegner. Im Jahre 1927 schlossen sich die Norwegische Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Partei wieder zusammen und ein großer Teil der Kommunisten folgte spontan dieser Wiedervereinigung.

Hiermit war die Grundlage gelegt für mächtige Fortschritte der norwegischen Arbeiterbewegung. Im Storthing, welches im Sommer 1927 aufgelöst wurde, saßen 24 Vertreter der Arbeiterpartei, ferner 8 Sozialdemokraten und 6 Kommunisten. Bei den Wahlen im Herbst desselben Jahres bekam die Partei 59 Vertreter und die Kommunisten deren 3 (von insgesamt 150 Vertretern). Dieser Aufschwung ergab sich aus der spontanen Befriedigung der Arbeiterklasse darüber, daß der Kampf innerhalb der Reihen der Arbeiter aufgehört hatte. Der Fortschritt war vielleicht nicht überall sehr gut unterbaut, und in dem erbitterten Kampf, der bei den Wahlen im Jahre 1930 folgte, wurde unsere Parlamentsgruppe reduziert auf 47, während die Kommunisten keinen Deputierten bekamen. Die Arbeiterpartei hatte aber doch ihre frühere Stimmenzahl behalten, aber zufolge des Rückganges der Kommunisten entstand eine kleine Reduktion in der Gesamtzahl der Arbeiterstimmen.

Unterdessen setzte die Krise ein. Anstatt diese effektiv zu bekämpfen, warteten die bürgerlichen Parteien ab, bis bessere Zeiten sich von selbst einfinden würden. Die Arbeiterpartei war die einzige von den Parteien, die eine spezielle Krisenpolitik verlangte, und bei den Wahlen im Jahre 1933 ging die Arbeiterpartei in den

Wahlkampf hinein mit einem breit angelegten Programm, das die aktuellen Tagesforderungen mit sozialistischen Prinzipienforderungen verband. *Unter der Parole: »Das ganze Volk in Arbeit« gewann die Partei ihren glänzendsten Wahlsieg: 69 Mandate im Storthing, mehr als doppelt so viel als irgendeine andere Partei! Die Regierungspartei, die Liberalen, wurde auf 25 Mann reduziert. Trotz mancher Zweifel und Bedenklichkeiten haben indessen die bürgerlichen Parteien es noch nicht über sich gebracht, die Regierungsmacht der Arbeiterpartei zu übergeben.* Diesen Herbst haben sodann die Gemeindewahlen stattgefunden. *Sie haben mehr als je einen ausgeprägt politischen Charakter gehabt und es ist dabei deutlich unterstrichen worden, daß die letzten Parlamentswahlen nicht nur eine Stimmungswelle waren. Unter anderem hat die Partei zum ersten Male eine sichere Mehrheit in der Hauptstadt Oslo gewonnen und ebenso in einer Reihe von anderen großen Städten und in mehr als 150 Landgemeinden!*

Die Arbeiterpartei steht also heute stärker da als je und es dürfte nur eine Zeitfrage sein, wann die Partei die Regierungsmacht übernimmt.

Die Krisenpolitik der Partei.

Sobald die Wirkungen der Krise anfingen, sich bemerkbar zu machen, schlug die Partei Kredite vor zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und als Fürsorgebeiträge. Allmählich, wie die Krise im Umfang wuchs, verstand man in der Partei, daß die jetzige Krise verschieden ist von allen früheren Krisen, die die Welt je erlebt hat. Die jetzige Krise ist die Krise des Kapitalismus, seine große Organisationskrise. Eine dauerhafte und effektive Besserung kann nur erreicht werden durch Maßnahmen, die gleichzeitig, wie sie die jetzige Not lindern, über den Rahmen der jetzigen Gesellschaft hinausreichen und deshalb eine Neugestaltung auf ökonomischem Gebiete bedeutet. Es bedarf also struktureller oder institutioneller Aenderungen.

Der Standpunkt der bürgerlichen Parteien war der, daß man sich nicht mit Krediten aus der Krise hinaus arbeiten könne. Das beste sei, die Dinge sich selbst zu überlasen und möglichst wenige Staatseingriffe vorzunehmen, also das alte Rezept: Laissez-faire und dazu einige wenige Kredite zur Abhilfe der schlimmsten Not. Der Standpunkt der Arbeiterpartei dagegen war, *daß ein armes Land wie Norwegen sich nicht erlauben könne, eine Armee von beinahe 200,000 Arbeitslosen zu unterhalten.* Selbst wenn man die Zahl der Arbeitslosen auf nur 100,000 berechnet, bedeutet es, daß diese Leute täglich einen Arbeitslohn von 1,000,000 Kronen verlieren. Das macht in einem Jahr 300 Millionen Kronen aus und das ist nur der Verlust aus erster Hand. Der Wert ihrer Arbeit wäre ja sicher doppelt so groß als der ihnen ausbezahlte Arbeitslohn. Nationalökonomisch kann man deshalb sagen, daß die Arbeitslosigkeit das Land mindestens 600 Millionen Kronen jährlich kostet — und dergleichen kann jedenfalls unser Land nicht dauernd tragen. *Alle Kräfte müssen daher eingesetzt werden, um Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen zu schaffen.* Und hier

ist Norwegen in der glücklichen Situation, daß es genug Arbeitsmöglichkeiten gibt. Das Land selbst ist in vielerlei Weise noch unfertig. Es sind bei uns noch Zehntausende von Kilometern von Wegen zu bauen. Es mangeln Häfen für Schiffahrt und Fischerei. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen ist erst angefangen worden. Unsere Metalle und Schiffe müssen noch zum größten Teil eingeführt werden. Kleider und Nahrungsmittel werden teilweise noch aus andern Ländern bezogen. Anderseits hätten wir genug Kraftquellen, Wälder und Metalle in den Gebirgen und große unkultivierte Flächen, die bebaut werden könnten. *Die Arbeiterpartei meint, in einem solchen Lande brauchten nicht Hunderttausende jahrelang unbeschäftigt herumzugehen.* Ja, es ist ein Verbrechen, den Arbeitslosen nicht die Möglichkeit zu geben, alle diese Herrlichkeiten für Land und Volk auszunützen. Die Arbeiterpartei sieht es deshalb als ihre Pflicht an, alle diese Arbeiten zu fordern. Der Sozialismus schafft die Möglichkeit, weit mehr für das Volk zu schaffen, als das die kapitalistische Ordnung tun kann.

Der Krisenplan der Partei.

Schon bei der Eröffnung des neuen Storthings hatte die Arbeiterpartei einen großen detaillierten Krisenbekämpfungsvorschlag fertig. Wir wollen hier einen kurzen Ueberblick davon geben:

Unter gewissen Voraussetzungen soll der Staat die Bankeinlagen garantieren. Eine genaue Zusammenarbeit zwischen allen Banken des Landes muß organisiert werden, um Sicherheit zu schaffen, daß die gesamte Kapitalkraft des Landes effektiv ausgenützt wird. Um die Liquiditätsschwierigkeiten zu überwinden, muß eine Ordnung mit Schatzkammerscheinen eingeführt werden. Die oberste Leitung des Bank- und Geldwesens soll in Händen eines Reichsfinanzrates liegen, der unter allgemeinen Direktiven der Regierung arbeitet.

Um die öffentlichen Arbeitsaufträge zu vermehren, müssen die Kredite viel größer werden: Für den Straßenbau schlug man eine Erhöhung von 8,6 Millionen Kronen auf 20 Millionen vor. Für neue Eisenbahnen 18,5 Mill. mehr als früher. Für Elektrifizierung verschiedener Eisenbahnen sieht der Plan 5 Mill. Kronen vor. Für den Ausbau des Telephonnetzes, darunter den Reichskabelplan, 5 Millionen Kr. Für Flugplätze für Land- und Wasserflugzeuge 2,6 Millionen Kronen. Wir forderten weiter die Einschränkung der Arbeitszeit der Staatsarbeiter von 8 auf 6 Stunden täglich. Um die Pensionsgrenze der Staatsbeamten und Eisenbahnfunktionäre um 5 Jahe reduzieren zu können, müssen 6,5 Millionen Kronen bewilligt werden. Dazu spezielle Veranstaltungen für die jungen Arbeiter, darunter auch Kurse zur Umschulung der Jugend, 3 Millionen Kronen. Für die allgemeine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollen 20 Millionen bewilligt werden, und es sollte ein permanenter Rat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Als Hilfe für die Bauern wurden von unserer Parteigruppe verschiedene Maßnahmen verlangt, darunter ein Kredit von 17 Millionen Kronen für Zinsen- und Schuldenreduktionen. Die Zinsen für Hypo-

theken in kleinen Bauernhöfen und in Fischerbooten — in Staatsbanken — sollen 3 Prozent nicht überschreiten, während bei den Privatbanken die Zinsen auf maximal 4,5 Prozent reduziert werden müssen.

Als Beitrag für notleidende Gemeinden wurde vorgeschlagen: 12 Millionen und weiter eine Erleichterung des Konkursverfahrens gegen Gemeinden. Dazu wurde vorgeschlagen, daß die Gemeinden Beiträge bekommen sollten für Wohnungsbau und soziale Einrichtungen aller Art.

Für die Neukultivierung, den Anbau und die Einrichtung neuer Bauernhöfe wurden 17 Millionen Kronen Kredite vorgeschlagen. *Unser landwirtschaftliches Krisenprogramm ist überhaupt sehr detailliert und bezeichnet eine weitgehende Annäherung der Arbeiterpartei an die Bedürfnisse der Bauern.* Für die Verbesserung der Wälder (Drainieren und Waldkultur) wurden 3 Millionen Kronen Kredite begehrt.

In bezug auf das Fischereiwesen wurden neue Häfen, Lichthäuser, Wasseranlagen, Schiffe, Frachtreduktionen usw. vorgeschlagen in einer Gesamtsumme von 7 Millionen Kronen.

Hinsichtlich der Industrie wurden 10 Millionen Kronen vorgeschlagen. Besonders interessierte unsere Partei sich für die Schiffbauindustrie. Ihr konnte eine Stütze in verschiedener Weise gegeben werden, zum Beispiel als Anleihen, Staatsgarantie, Aktienkauf oder als billige elektrische Kraft usw. Die Betriebe sollten der Meldepflicht bei Betriebseinschränkungen unterworfen werden. Ein Komitee von Fachleuten sollte den Auftrag bekommen, die Möglichkeit für die Errichtung eines nationalen Eisen- und Stahlwerkes zu untersuchen. Ein anderes Komitee sollte die Möglichkeiten untersuchen, wie die Ersetzung von importierten Industriewaren durch norwegische bewerkstelligt werden könnte.

Alles in allem wurde vorgeschlagen, *140 Millionen Kronen als außerordentliche Ausgabe zu den gewöhnlichen Budgetausgaben zu beschließen.*

Die Finanzierung dieses Extra-Budgets stellen wir uns folgendermaßen vor:

Anleihen, reduzierte Zurückzahlung von früheren Staatsanleihen	80	Mill.	Kr.
Steuern auf Vermögenseinkommen	25	»	»
Erhöhte Erbschaftssteuer	10	»	»
Warenumsatzsteuer	20	»	»
Reduktion des Militärbudgets	6,5	»	»
Total	141,5	Mill.	Kr.

Diese Vorschläge wurden selbstverständlich nicht angenommen, aber die Kredite wurden doch erhöht, und zwar beinahe auf 50 Mill. Kronen (gegen 20 Millionen Kronen im vorigen Jahre), in welcher Periode übrigens unsere Vorschläge sich ganz genau auf dieselbe Summe von 50 Millionen beliefen, damals aber hatte man sie als utopisch und demagogisch abgetan!

Die Stellung der politischen Parteien zu den Krisenfragen hat dem Volke gezeigt, daß nur die Arbeiterpartei diese Fragen ernst nimmt und wirksame Maßregeln vorschlägt. Wenn die Partei bei den Gemeindewahlen soeben einen solch großen Sieg errungen hat, ist die Ursache darin zu suchen, daß unsere Krisenbekämpfungsvorschläge sich allgemeiner Sympathien erfreuen.

Der Kampf gegen den Faschismus.

Eine faschistische oder nazistische Gefahr besteht selbstverständlich auch in Norwegen. Aber wie in den Ländern mit relativ reiner »arischer« Bevölkerung, fällt es hier den Nazisten sehr schwer, Fortschritte zu machen. Die Arbeiterpartei hat keine speziell antinazistische Politik betrieben, sondern diese ihrem allgemeinen politischen Kampf eingegliedert. In der Tat sind die Nazisten dazu gezwungen, mit einem verwässerten Abguß unserer Vorschläge vor die Wähler zu treten und ihre Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft sind nur ein unartikuliertes Echo unserer Angriffe gegen dieselbe Geselschaftsordnung. Ihre wirklich originalen Beiträge in den politischen und wirtschaftlichen Diskussionen sind äußerst verwirrt. Sie haben daher nur geringen Anklang gefunden und spielen zur Zeit keine politische Rolle von Bedeutung.

5½ Jahre sozialdemokratische Regierung in Dänemark

Von Alsing Andersen,
Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Das zweite Ministerium Stauning, eine Koalitionsregierung, welche aus drei Radikalen und acht Sozialdemokraten besteht, mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Th. Stauning, an der Spitze, ist nun fünfeinhalb Jahre im Amte, nämlich seit dem 30. April 1929.

Ein Jahr nach dem Antritt der Regierung begann die Weltkrise auch in Dänemark fühlbar zu werden. Sie traf in erster Linie den Hauptexportzweig unseres Landes, die Landwirtschaft, sehr hart — teils durch den katastrophalen Preisfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, teils durch die Einschränkung des Exports, welche durch die Kontingentierung und andere importregulierende Maßnahmen in den Ländern hervorgerufen wurden, die die Hauptabnehmer der dänischen Landwirtschaftsprodukte waren, in erster Linie England und Deutschland. Die Krise verbreitete sich schnell über alle Erwerbszweige. Die Arbeitslosigkeit stieg gewaltig, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande. Beim Jahreswechsel 1932/33 war die Arbeitslosigkeit auf 43,5 Prozent, also beinahe auf die Hälfte der Arbeiterschaft, gestiegen. Es gab etwa 200,000 Arbeitslose.

Es ist von besonderem Interesse, festzustellen, daß unsere Regierung gerade an dem genannten Zeitpunkt, nämlich im November 1932,